

Gewerkschaftliche Strategien für ein gutes Leben

Martin Allespach

Die Finanzkrise 2008/2009 und ihre verheerenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft war auch für die Gewerkschaften mit gewaltigen Herausforderungen verbunden. Es zeigte sich schon von Anfang an, dass es sich um die schwerste globale Krise des Kapitalismus seit der Großen Depression in den 1930er Jahren handelte. Deutschland als Exportnation war besonders betroffen. Fast alle Industriebetriebe mussten zweistellige Produktionsrückgänge hinnehmen, manche waren gar in ihrer Existenz bedroht. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland sank um fast 5% – ein in der Geschichte der Bundesrepublik beispielloser Einbruch.

Vor diesem Hintergrund war es mutig und ambitioniert zugleich, dass die IG Metall ihre vielfältigen Antikrisen-Aktivitäten und -Konzepte unter dem Motto „Keine Entlassungen in der Krise“ gebündelt hatte (vgl. Allespach, M, Donath P. Guggemos, M. 2010). Die Intention ging weitgehend auf. Die deutschen Gewerkschaften hatten einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Krisenintervention geleistet. Betriebe konnten gerettet und Massenentlassungen verhindert werden.

Weltweit machte der Begriff des sogenannten „German Beschäftigungswunder“ die Runde. Dass die Beschäftigung weitgehend gesichert werden konnte war allerdings kein Wunder; vielmehr waren die etablierten betrieblichen und überbetrieblichen Aushandlungsstrukturen die notwendige Voraussetzung zur schnellen und zielsicheren Um- und Durchsetzung vieler Kriseninterventionsinstrumente. Starke, handlungsfähige und pragmatisch agierende Gewerkschaften, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen, die Mitbestimmung und eine entwickelte Kultur der Konfliktpartnerschaft waren wesentliche Erfolgsfaktoren. Einige der Maßnahmen – etwa die Konjunkturpakete, die Umweltpremie für Altdautos und die verlängerte Kurzarbeitsregelung – können als Rückbesinnung auf keynesianische Krisenbekämpfungsstrategien gewertet werden. Offensichtlich war die Ratlosigkeit im wirtschaftswissenschaftlichen und politischen Mainstream so groß, dass für die kurzfristige Krisenbekämpfung die über viele Jahre verteufelten Instrumente keynesianischer Politik wieder hoffähig wurden.

Die gewerkschaftliche Krisenpolitik zielte von Beginn an nicht nur auf kurzfristige Effekte. Gefordert wurden grundsätzliche Reformen: Ein „Kurswechsel für ein gutes Leben“. Dass das „gute Leben“ und „Kurswechsel“ als theoretische Referenzpunkte gewählt wurde, war nicht zufällig.

Das gute Leben

Das Konzept des guten Lebens offeriert einen fundamental anderen Blick auf Wirtschaft und Gesellschaft. Es fragt nach Sinn und Stellenwert, den die Ökonomie in der Gesellschaft hat. Der Zweck wird an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an Profitmargen von Unternehmen. Das Menschenbild und nicht das Wirtschaftsmodell steht im Zentrum politischen Handelns. Prosperität ist nur dann gut und sinnvoll, wenn

sie alle Menschen von existenzieller Not befreit, wenn sie ihnen erlaubt, ein gutes Leben zu führen. Wer den Reichtum von Wenigen oder volkswirtschaftliche Wachstumsraten schon mit gesellschaftlichem Fortschritt gleichsetzt, der hat diesen Zusammenhang nicht verstanden.

Martha Nussbaum – eine amerikanische Sozialphilosophin und wichtige Repräsentation einer neoaristotelischen Konzeption vom guten Leben – spricht von menschlichen Grundfähigkeiten als Voraussetzungen für ein gutes menschliches Leben. Zu diesen Grundfähigkeiten gehören zum Beispiel: gute Gesundheit, angemessene Ernährung und angemessene Unterkunft; erfüllende berufliche Tätigkeit; Teilhabe am politischen Leben; die Fähigkeit, mit anderen und für andere zu leben; die Fähigkeit, Gerechtigkeit zu üben und die Versammlungs- und politische Redefreiheit zu schützen. Es ist nach Nussbaum vernünftig, den Blick auf diese Dinge zu richten, wenn es darum geht, die Lebensqualität eines Landes zu ermitteln und nach der Rolle der Politik bei der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu fragen (vgl. Nussbaum 1999, S. 200 ff.).

Auch der Ökonom Robert Skidelsky und sein Sohn, der Philosoph Edward Skidelsky knüpfen mit ihrem Buch *Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens* an die lange Tradition einer Konzeption vom guten Leben an. Sie ermutigen dazu, Wirtschaft als moralisches Handeln von Menschen zu definieren. Ihrer Ansicht nach setzt ein gutes Leben Basisgüter voraus: Sicherheit, Respekt, Muße, Gesundheit, Freundschaft, Persönlichkeit und Harmonie mit der Natur. Deren Verwirklichung empfehlen sie generell als Richtschnur des Handelns, persönlich wie politisch (vgl. Skidelsky R. und E. 2013).

In eine ähnliche Richtung argumentiert Amartya Sen, wenn er in seinem Capability Approach – Ansatz Lebensqualität und substantielle Freiheit betont. Ein besonderer Fokus liegt auf moralischen Fragen. Gesetze des Marktes sind nicht blind zu akzeptieren, sondern bedürfen einer Regulierung. Sen beschränkt sich dabei nicht auf die zügellose Habgier als Motor für die Entwicklung kapitalistischer Systeme, sondern befasst sich mit einer Reihe von Werten, die Teil der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Beziehungen sind. Denn eine Tauschwirtschaft kann ohne gegenseitiges Vertrauen und den Einsatz expliziter und impliziter Normen nicht mit Gewinn funktionieren (vgl. Sen, A. 2007).

Eine Gesellschaft wird von Werten zusammengehalten. Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit, aber auch Würde, Respekt und Anerkennung sind Basis für das gute Leben. In allen sozialen Auseinandersetzungen, in allen Fortschritts- und Freiheitsbewegungen der Menschheit haben Werte – materielle wie immaterielle – eine entscheidende Rolle gespielt. Gerade gewerkschaftliche Kämpfe sind immer auch Kämpfe um Anerkennung, um Respekt vor den Leistungen der arbeitenden Menschen und um ihre Würde. Schon vor Ausbruch der Krise hat die IG Metall deshalb eine Wertedebatte angestoßen (vgl. Allespach, M., Staadt, D., Wentzel L. 2009). Es sollte dabei erkennbar werden, dass die Interessenvertretung der Beschäftigten eingebunden ist in ein verantwortungsbewusstes von Werten getragenes gesellschaftspolitisches Konzept. Dessen Kernpunkte sind: Demokratie, soziale Sicherung, Abbau von Ungleichheit, Bildungsgerechtigkeit, nachhaltige Innovationen und ökologischer Umbau. Während die marktradikale Politik zu mehr Ungleichheit, Spaltung und gesellschaftlichem Zerfall geführt hat, verteidigen die Gewerkschaften den solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaft. In diesem Sinne haben Gewerkschaften eine gesellschaftliche Integrationsfunktion, die weit über ihre klassische Interessenvertretungspolitik hinausweist. Die Wertedebatte sollte dieses Selbstverständnis schärfen und die Gewerkschaftsarbeit über tagesaktuelle Forderungen hinaus politisie-

ren. Zugleich wurde – ganz im Sinne von Sen – deutlich gemacht, dass eine einseitige Beschreibung wirtschaftlichen Handelns im Kapitalismus als „ökonomische Rationalität“ nicht nachhaltig funktioniert. Wirtschaft ist nur dann erfolgreich, wenn Regeln eingehalten werden. Diese sind kein „Randphänomen“, sondern konstitutiv für den wirtschaftlichen Erfolg. Der Rheinische Kapitalismus basiert nicht nur auf den Mechanismen von Markt und Wettbewerb, sondern auch auf Kooperation, betrieblicher Mitbestimmung sowie Unternehmensmitbestimmung und einem hohen Standard von sozialer Sicherheit.

Ein weiterer Grund sprach für die Orientierung der IG Metall auf das gute Leben. Martha Nussbaum verweist ausdrücklich darauf, dass sie ihre Liste an menschlichen Grundfähigkeiten bewusst allgemein gehalten habe, um Raum für eine plurale Spezifikation und für weitere Diskussionen zu lassen. Wie umfänglich von den Diskursoptionen Gebrauch gemacht wird, zeigen die vielfältigen gesellschaftlichen Debatten. Die Partei „Die Linke“, die SPD, die Grünen und die CDU bewegen sich genauso in diese Diskursräumen zum „guten Leben“, wie etwa die Postwachstumsbewegung. Die TAZ und ATTAC haben große Veranstaltungen unter diesem Motto durchgeführt. Und dass das so ist, ist auch das Verdienst der IG Metall. Sie war eine der ersten Organisationen, die diese Philosophie in ihrer Relevanz für konkretes politisches Handeln für einen alternativen gesellschaftlichen Entwicklungspfad thematisierte. Ihr ging es dabei nicht um ein Verkünden letzter Weisheiten, sondern um das Anstoßen eines gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Diskussionsprozesses im Suchen nach gemeinsamen politischen Lösungen. Dass ein solcher Verständigungsprozess einfach würde, hatte niemand erwartet; aber er ist unumgänglich, wenn gesellschaftliche Mehrheiten gefunden werden sollen.

Kurswechsel

In Erweiterung und Konkretisierung der Konzeption zum „Gute Leben“ wurden konkrete politische Projekte eines alternativen gesellschaftlichen Entwicklungspfad diskutiert, gebündelt und in die politische Debatte gebracht. Bezug genommen wurde u. a. auf die Pfaddiskussion, wie sie insbesondere in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften geführt wurde. Sie wurde aufgegriffen und zu einem Instrument der Strategieentwicklung weiter entwickelt (vgl. Allespach/Bartmann 2011, S. 619 ff.).

Ein wesentlicher Impuls für einen alternativen Entwicklungspfad kam dabei von der fortgeschrittenen keynesianischen Makroökonomie, deren Diskussion insbesondere von *Paul Krugman* und *Joseph Stiglitz* repräsentiert wird. Sie plädieren für eine Wiederaufnahme einer Politik, die ein ökologisch verantwortliches Wachstum, produktive Investitionen, die Senkung der Arbeitslosigkeit und einen Ausbau des Wohlfahrtsstaats und der Bildungsinstitutionen miteinander verbindet. Ökonomische Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit sollten miteinander zur Deckung gebracht werden.

Als Zusammenfassung ist immer noch die Krisendiagnose aktuell, die Stiglitz zusammen mit dem französischen Ökonomen *Jean-Paul Fitoussi* und einer großen internationalen Expertengruppe schon 2009 verfasst hat (Fitoussi/Stiglitz 2009). Gefordert wird in diesem Gutachten eine neue Politik, die eine Zukunft schafft, in der Wachstum nachhaltiger und umweltfreundlicher ist und in der seine Früchte auf gerechtere Weise verteilt werden. Die Krise habe vor allem strukturelle Ursachen; sie beruhe auf einem allgemeinen Absinken der Gesamtnachfrage und nicht allein auf der unzureichenden Regulierung des Finanzsektors. Die allgemeine Nachfrageschwäche ging der Finanzkrise voraus und beruhte auf strukturellen Veränderungen der Einkommensverteilung. Seit 1980 stagniere in den meis-

ten fortgeschrittenen Ländern das mittlere Arbeitseinkommen und es habe, zum Vorteil der hohen Einkommen, die Ungleichheiten zugenommen. Das Gutachten schlägt vor, diesen Trend in der Verteilung umzukehren und dadurch zu einer mittel- und langfristig selbsttragenden Gesamtnachfrage beizutragen. Erreicht werden soll dies durch eine Erhöhung des fiskalischen Stimulus und der staatlichen Intervention, die nicht nur kurzfristige Konjunkturanregungen bringt, sondern auch mit langfristigen Struktureffekten und Entwicklungsstrategien der betreffenden Länder verbunden ist. Infrastrukturausgaben sollten beispielsweise gegenüber laufenden Ausgaben bevorzugt werden. Wünschenswert seien Investitionen in neue Umwelt- und Energietechnologien, aber auch Ausgaben, die auf den Abbau von Ungleichheit zielen oder auf die Erhöhung des sogenannten Humankapitals (Bildungs- und Gesundheitsreform). Nachhaltiges Wachstum und höhere Niveaus der Beschäftigung sollten verbunden werden mit einer allgemeinen Erneuerung des Wohlfahrtssystems, die auf Umverteilung und auf die Bildung von Humankapital zielt. Dazu würden vor allem die Verallgemeinerung einer universellen Gesundheitsvorsorge und Bildungsversorgung und eine Rückkehr zu einer tendenziell soziale Unterschiede ausgleichenden Sozialversicherung gehören. Es geht also um eine langfristige Stabilisierung der Nachfrage, um die Entwicklung des „Humankapitals“ und die Wiederherstellung des sozialen Zusammenhalts von Gesellschaften und um die langfristige ökologische Überlebensfähigkeit.

Ein solches Wohlfahrtsstaatsmodell verband der damalige Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber (vgl. Huber, B. 2011) mit einem linken Reformismus, wie ihn der französische Soziologe Robert Castel (2011) entwarf. Er beschreibt damit eine Politik tiefgehender Reformen. Dieses Verständnis von Politik ist pragmatisch. Es grenzt sich gegen jene ab, die alles sofort haben wollen, weil sie die Krise als Apokalypse verstehen. Es grenzt sich zugleich gegenüber denen ab, die vorgeben, einen Plan zu haben, der auf alle Eventualitäten eine Antwort weiß. Beides hat mit den Wirklichkeiten wenig bis nichts zu tun. Der linke Reformismus geht vielmehr einerseits von der wirklichen Bewegung der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und andererseits von der Entwicklung von sozialen Kämpfen aus. Es geht um ein Projekt mit langem Atem, das im Hier und Jetzt beginnt, über längere Zeiträume angelegt ist, ebenso gezielt wie flexibel Unterstützung und Bündnisse für den Kurswechsel sucht, Gelegenheiten zum Politikwechsel pragmatisch nutzt und sie gleichzeitig gezielt herbeizuführen sucht. Wer das mit Erfolg betreiben und nicht im Beliebigen landen will, der muss heute wissen, wo er in 20 Jahren in etwa stehen will.

Der linke Reformismus ist m. E. die fortschrittlichste Strategie im Ringen um eine gerechtere und freiere Gesellschaft. Es braucht keine radikalen Systemalternativen. Es braucht vielmehr entschlossene Reformen, Reformen unter anderem für gute Arbeit, für den Sozialstaat, für mehr Verteilungsgerechtigkeit, für mehr Demokratie auch in der Wirtschaft, für Chancengleichheit in der Bildung. Dafür sind kontinuierliche Veränderungen erforderlich, die ein entscheidendes Ziel haben: Die Gesellschaft sozialer machen. Das ist emanzipatorische Politik im Interesse der breiten Mehrheit der Menschen.

Auf einem internationalen Kongress „Kurswechsel für ein gutes Leben“ – er fand von 5. bis 7. Dezember 2012 in Berlin statt – hat die IG Metall die Debatte über praktische Alternativen zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus fortgesetzt. 750 GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen, WissenschaftlerInnen und mehr als 200 internationale Gäste diskutierten über die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Dabei ging es vor allem um den Blick nach vorne: Welche Lehren sollen aus der Krise gezogen werden und wie soll die Zukunft gestaltet werden? Entsprechend waren die Themenfelder weit gefächert.

Es ging um Ökonomie und Ökologie, um Demokratie und Beteiligung, um die nach wie vor drängende Regulierung der Finanzmärkte, um grünes Wachstum, um die Rolle der Industrie und vieles mehr. Die Ergebnisse sind in einer Broschüre zusammengefasst (vgl. IG Metall 2013). Ich möchte an dieser Stelle exemplarisch vier Politikfelder eines alternativen gesellschaftlichen Entwicklungspfades benennen.

Politikfelder eines Kurswechsels

Der Arbeit ihren Wert geben

Erwerbsarbeit erodiert, sie droht zur Ramschware zu verkommen. Der Anteil des Normal-Arbeitsverhältnisses liegt bei nur noch 69 Prozent, der Anteil von vielfältig prekären fragilen Beschäftigungsformen steigt. Die Kluft zwischen SpitzenverdienerInnen und NiedriglöhnerInnen wächst; die Versuche, die Unterschiede aufgrund von Leistung und Verantwortung zu erklären, landen inzwischen regelmäßig im Lächerlichen. Die Produktivität steigt ständig, die Löhne der Beschäftigten sind dagegen zwischen 2000 und 2010 im Durchschnitt um vier Prozent gesunken. Diese gesamtwirtschaftlichen Zahlen und die sehr viel bessere Entwicklung beispielsweise in der Metall- und Elektro-Industrie zeigen jedoch auch: Dort, wo Belegschaften gut organisiert und ihre Gewerkschaften organisatorisch, finanziell und tarif- und gesellschaftspolitisch stark sind, gelingt es, solche negativen Trends zu verhindern.

Die Arbeit wird permanent verdichtet und unterliegt erneut mehr denn je der entfremdeten Zerstückelung. Die Arbeit ist für viele Menschen kein festes Fundament mehr, um die Zukunft zu meistern. Sie ist vielmehr zu einer oft bedrohlichen und immer unzuverlässigeren Begleiterscheinung geworden. Ungleichheit, Unsicherheit und autoritäre Bevormundung prägen nicht nur den Alltag der etwa 30 Prozent an Unterprivilegierten und Marginalisierten. Diese Erfahrungen prägen auch zunehmend die Mitte der qualifizierten ArbeitnehmerInnenschaft. Das heißt, das neoliberale Modell bedroht nicht nur „die Ränder“, was unter den Aspekten von Moral, Gerechtigkeit und würdigem Leben schlimm genug wäre, sondern dieses Modell bedroht das Zentrum.

Die Bedeutung der Arbeit muss vor diesem Hintergrund neu gewichtet werden. Denn Erwerbsarbeit ist zunächst einmal in der Regel von entscheidender materieller Bedeutung für jedeN BürgerIn: Das Entgelt liefert die Grundlage, um die persönliche Existenz zu sichern, um das Leben in Würde und mit einer gewissen Stabilität planen und leben zu können. Arbeit ist jedoch noch viel mehr als das: Sie ist die Quelle von sinnvollem Tun, Selbstachtung, persönlicher Zufriedenheit, Ausweis von handwerklichem Können und von Anerkennung. Wer also gut ausgebildet ist und eine gute Arbeit macht, der arbeitet auch gerne und engagiert, stärkt damit die Wirtschaftskraft und die Innovationsfähigkeit seines Unternehmens. In ihm wachsen jedoch darüber hinaus Potenziale der Emanzipation, bringt doch das Wissen über beruflich spezialisierte Arbeit zwangsläufig auch ein höheres Niveau an Bildung und sozialer Kompetenz mit sich. Mit dem nach und nach entstehenden „Berufsethos“ wird auch die jeweilige Individualität und Persönlichkeit gestärkt.

Vor diesem Hintergrund weist die aktuelle sozialpolitische Gesetzgebung der großen Koalition in Deutschland – etwa mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und der Herabsetzung des Rentenalters nach 45 Versicherungsjahren – in die richtige Richtung. Das ist u. a. das Ergebnis gewerkschaftlicher Kampagnen. Die Gewerkschaften

haben darüber hinaus ihre unmittelbare Einflussnahme etwa im Bereich der Tarif- und Betriebspolitik genutzt, beispielsweise Leiharbeit und Werkverträge zu reregulieren.

Demokratische Beteiligung der Beschäftigten in der Wirtschaft

Die Demokratisierung der Wirtschaft stellt ein wichtiges Reformprojekt für einen grundlegenden Kurswechsel dar. Das hat auch der neue Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann, in seinem Zukunftsreferat auf dem DGB Kongress im Mai 2014 deutlich gemacht. Die gewerkschaftlichen Forderungen beziehen sich dabei beispielsweise auf die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung bei Sanierungskonzepten, bei Betriebsänderungen, bei Beschäftigungssicherung, beim Recht auf externe Beratung, bei Leiharbeit und Werkverträgen. Gefordert wird die Herabsetzung der Schwellenwerte für die Unternehmensmitbestimmung und die Aufnahme eines verpflichtenden Katalogs von zustimmungspflichtigen Geschäften in das Aktienrecht.

Demokratie vollzieht sich im Wesentlichen durch Aushandlung. Insofern ist es demokratiethoretisch auch nicht zu rechtfertigen, dass Unternehmensentscheidungen, die für Lebensbedingungen und Verwirklichungschancen der Einzelnen aber auch ganzer Regionen und der Gesellschaft große Bedeutung haben, weitgehend von demokratischen Prozessen ausgespart sind. Für die betriebliche Mitbestimmung und die Unternehmensmitbestimmung müssen deshalb Wege gefunden werden, um Einfluss auf die wichtigen Unternehmensentscheidungen zu bekommen: Entscheidungen, die alle Beschäftigten eines Betriebs- bzw. eines Industriezweigs betreffen, dürfen nicht allein Sache der KapitalgeberInnen oder eines kleinen Kreises von ManagerInnen sein.

Ein Referenzmodell für erweiterte Mitbestimmung kann das VW-Gesetz sein. Im VW-Konzern können Standortverlagerungen und Massenentlassungen nur mit Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat getroffen werden, also nicht gegen die Arbeitnehmerbank. Damit ist ein Aspekt angesprochen, der zwar weniger offensiv vorgetragen wird, aber dennoch eine erweiterte Mitbestimmung begründet: der ökonomische Aspekt. VW gehört trotz und nicht zuletzt wegen seiner erweiterten Mitbestimmungsrechte zu den erfolgreichsten Automobilunternehmen der Welt. Das beweist, dass Mitbestimmung, wirtschaftlicher Erfolg und gute Unternehmenskultur Hand in Hand gehen.

Mitbestimmung hebt Interessengegensätze nicht auf. Zur Demokratie gehört geradezu das konfliktreiche Geltendmachen von unterschiedlichen Interessen. Dabei sind die Reichweite und die „Tiefenwirkung“ von Mitbestimmung entscheidend. Von Partizipation im umfassenden Sinne kann erst dann gesprochen werden, wenn die Beschäftigten und ihre RepräsentantInnen (im Sinne direkter und delegativer Mitbestimmung) tatsächlich das Recht haben, sich an wichtigen Entscheidungen gleichberechtigt zu beteiligen. Das setzt voraus, dass es auch zu betrieblichen Diskussionen über Unternehmensstrategien kommt, also darüber, was dem Wohl eines Betriebs und der Beschäftigten dient, was gesellschaftlich nützlich ist, wie ökonomische Effizienz dauerhaft mit diesen Zielen verbunden werden kann. Diese weitergehende Vorstellung von Mitbestimmung kann als „Konzeptpartizipation“ bezeichnet werden.

Nachhaltige, aktive Industriepolitik und qualitatives Wachstum

Die Herausforderungen der ökologischen Umgestaltung der Wirtschaft werden im Prinzip zwar nur noch von wenigen ganz Unbelehrbaren bestritten. Die Umsetzung einer (ökologisch und sozial) nachhaltigen Industriepolitik ist damit aber noch lange nicht garantiert. Unter den bisherigen kurzfristigen und an betriebswirtschaftlichen bzw. ein-

zelwirtschaftlichen Logiken ausgerichteten Renditemaximierungszielen sind langfristige, ökologisch und sozial nachhaltige Entscheidungen eher unwahrscheinlich. Industrie- und Umweltpolitik können nicht getrennt betrachtet werden. Eine industrielle Entwicklung, die auf Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit beruht, ist nicht zukunftsfähig. Zugleich liegt aber in strikt auf Ressourcen- und Materialeffizienz und Recycling ausgerichteten industriellen Produkten und Produktionsprozessen die Chance für den ökologischen Kurswechsel. Ökonomisches Wachstum muss vom Naturverbrauch abgekoppelt werden. Wachstumspotenziale müssen in den Feldern erschlossen werden, die zu positiven ökologischen Effekten führen. Ein Orientierungswechsel von blindem Wachstumsglauben zu einem Begriff von qualitativem Wachstum ist notwendig.

Staatliche Interventionen und Investitionsanreize sind nötig. Nicht zuletzt, weil es nicht mit einer Effizienzsteigerung im Umgang mit Ressourcen getan ist, sondern mittelfristig ein grundsätzlicheres Umdenken im Sinne einer Kreislaufwirtschaft nötig ist.

In der prinzipiellen Diagnose der notwendigen ökologischen Umsteuerung gibt es breite gesellschaftliche Koalitionsmöglichkeiten. In der Frage einer keynesianisch-inspirierten langfristigen ökologischen und sozialen Investitionsstrategie ist noch einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten. Ein Erfolg der gewerkschaftlichen Argumentation der letzten Jahre ist in der Ökologiebewegung selbst auszumachen. Dass der Begriff Nachhaltigkeit nicht auf seine ökologische Dimension reduziert werden kann, sondern auch soziale Nachhaltigkeit mitgedacht werden muss, ist mittlerweile weitgehend Konsens.

Der Kampf um einen europäischen Sozialstaat

Ein vereintes Europa ohne trennende Grenzen, mit der Gewissheit auf eine friedliche Zukunft in sozialer Sicherheit und sozialem und ökonomischem Fortschritt, das beschreibt in allgemeiner Form die gewerkschaftlichen Ziele: Ein Europa, das bessere Lebens- und Arbeitsperspektiven für alle Menschen bietet, das auf sozial verpflichtetem, nachhaltigem Wirtschaften basiert und das weltweites Vorbild gelebter Vielfalt der Kulturen ist.

Davon ist Europa aber noch weit entfernt. Die Deregulierung der Wirtschaft hat eindeutig Vorrang vor der transnationalen Demokratisierung und Regulierung in sozialen und arbeitsrechtlichen Fragen. Das geht so weit, dass aufgrund der EuGH-Rechtsprechung nationale arbeits- und sozialstaatliche Schutzrechte potentiell bedroht sind.

Eine aggressive Austeritätspolitik, mit der die Eurokrise überwunden werden soll, hat die Krise nur noch weiter verschärft. Sie erweist sich in den Krisenländern vor allem als ein Angriff auf die Löhne, die Sozialleistungen und das öffentliche Eigentum. In Ländern wie Griechenland und Spanien herrscht eine Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent und darüber.

Ein europäischer Sozialpakt muss eine neue Ordnung auf den Arbeitsmärkten schaffen, Sozialdumping bekämpfen und Beteiligung, Demokratie und Mitbestimmung möglich machen. Das kann nur mit einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU-Länder gelingen. Eine vom EU-Parlament demokratisch legitimierte Wirtschaftsregierung sollte die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedsländer koordinieren.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat einen auf zehn Jahre angelegten „Marshallplan für Europa“ (DGB 2012) sowie ein europäisches Sofortprogramm für die junge Generation, insbesondere in Südeuropa, vorgeschlagen. Eine Investitionsoffensive von jährlich 260 Milliarden Euro, zwei Prozent des EU-BIP, soll die Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg schaffen. Investitionen von jährlich 150 Milliarden

Euro in erneuerbare Energien, Netze und energetische Gebäudesanierung senken den EU-Energiebedarf und die Brennstoffimporte langfristig um jährlich 300 Milliarden Euro. 60 Milliarden Euro schaffen eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur und angemessen ausgestattete Krankenhäuser und Schulen in Europa. Zulagen und zinsgünstige Kredite in Höhe von 30 Milliarden Euro könnten private Investitionen in Aufbau und Erhalt industrieller Strukturen fördern, die wegen Rezession und Bankenkrise nicht vorankommen.

Zur Finanzierung fordert der DGB einen „Europäischen Zukunftsfonds“, der vom Europäischen Parlament kontrolliert wird. Dieser Fonds gibt verzinsliche Anleihen aus und schafft so Anlagemöglichkeiten.

Aber auch für Europa gilt, dass die Gewerkschaften sich mehr als bislang einmischen und sich zu einem transnationalen Akteur für soziale Demokratie entwickeln müssen. Der neue DGB-Vorsitzende Hoffmann hat dazu aufgerufen Europa zum „Weltmarktführer in guter Arbeit“ zu machen.

Ausblick

Die Frage ist, wo wir heute stehen und wie es mit dem Kurswechsel weiter geht. Es wäre zu wenig, die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft lediglich zu thematisieren, oder die Ungerechtigkeiten, die sie produziert, anzuklagen. Die Antwort auf die Frage fällt widersprüchlich aus. Der Prozess des Umsteuerns bewegt sich insgesamt nur zögerlich und kommt allein durch den immer wieder erneuerten Druck der Umstände in kleinen Schritten voran.

Die neoliberale Politik ist keineswegs gebrochen, wie die Austeritätspolitik in Europa belegt. Aber auch in Deutschland sind die gesellschaftlichen Widersprüche unübersehbar. Armut, die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und ein Bildungssystem, das – wie der aktuelle Bildungsbericht 2014 belegt – nach wie vor zu viele Jugendliche ausgrenzt. Noch immer ist Bildungserfolg extrem abhängig von der sozialen Herkunft.

Doch es zeigen sich zunehmend Risse in den neoliberalen Interessenkoalitionen. Auch in Deutschland rücken wichtige konservative Vordenker zunehmend von dieser Interessenkoalition ab. In Anlehnung an den konservativen britischen Publizisten Charles Moore beschrieb der FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher Mitte August 2011 unter dem Titel „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“ die tiefe Verunsicherung über die Kaperung und den Missbrauch bürgerlicher Werte durch den Neoliberalismus (Schirrmacher 2011).

Das gesellschaftliche Klima, z. B. gegenüber Gewerkschaften und ihren Forderungen hat sich deutlich verbessert. Gewerkschaften können nach einer langen Phase der Mitgliederverluste Zugewinne verzeichnen. Sie sind ein geschätzter Gesprächs- und Verhandlungspartner in Wirtschaft und Politik. Politische Projekte wie Energiewende, Atomausstieg, Mindestlohn wurden angegangen und z. T. umgesetzt.

Das Zeitfenster für Reformen ist offensichtlich nicht geschlossen, auch wenn die Schwierigkeiten der Umsetzung eines Pfadwechsels unverkennbar sind. Er wird freilich nicht von selbst kommen, sondern gesellschaftspolitische Akteure, wie bspw. die Gewerkschaften, müssen ihn aktiv skizzieren und dazu beitragen, ihn mehrheitsfähig zu machen.

Literatur

- Allespach, M., Staadt, D., Wentzel, L. (2009) Vom Mehrwert der Wertedebatte. In: Sozialismus, Heft 3/2009, S. 42ff.
- Allespach, M., Donath, P., Guggemos, M.: Aktiv aus der Krise. In WSI Mitteilungen 9/2010, S. 486ff.
- Allespach, M., Bartmann, M. (2011) Dimensionen eines gesellschaftspolitischen Kurswechsels – Überlegungen zu gewerkschaftlichen Zielen und ihren Durchsetzungsstrategien. In: WSI Mitteilungen 12/2011, S. 619 ff.
- Castel, R. (2011) Die Krise der Arbeit, Hamburg.
- DGB (2012) Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa. Berlin.
- Fitoussi, J.-P., Stiglitz, J. (2009) The Ways Out of the Crisis and the Building of a more Cohesive World, Document de travail OPCE 2009-17, www.ofce.science-pi.fr/pdf/dtravail/WP2009-17.pdf.
- Huber, B. (2011) Zukunftsreferat auf dem 22. ordentlichen Gewerkschaftstag, Karlsruhe.
- IG Metall (2013) Kurswechsellkongress in Berlin, Frankfurt/M.
- Nussbaum, M. C. (1999) Gerechtigkeit oder Das Gute Leben, Frankfurt/M.
- Schirmmacher (2011) Bürgerliche Werte „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“. In: Frankfurter Allgemeine (FAZ) von 14.08.2011.
- Sen, A. (2007) Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München.
- Skidelsky R. und E. (2013) Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens, München.